



Sand im Getriebe

Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung

Ausgabe 5/2002 (11. März 2002)

eMail: sand.im.getriebe@attac.org

Zum Eintragen:

Um den wöchentlichen Newsletter „Sand im Getriebe“ zu abonnieren, schickt eine eMail mit dem Inhalt: subscribe sandimgetriebe an: Majordomo@listi.jpberlin.de

Zum Austragen:

Falls Ihr „Sand im Getriebe“ in Zukunft nicht mehr bekommen wollt, schickt eine eMail mit dem Inhalt: unsubscribe sandimgetriebe an: Majordomo@listi.jpberlin.de

Selbstverständnis

Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die an der Diskussion um eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung interessiert sind. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC Bewegung.

Der Inhalt

1. **Der American Way of War** von Walden Bello Nach der Logik der amerikanischen Regierung hätten überall vor Freude Feuerwerke gezündet werden müssen, als ihre Anti-Terror-Kreuzzügler den Unterschlupf von Ossama bin Laden in Tora Bora ins Visier genommen haben. Europa blieb jedoch ruhig, es gab etwas Besorgnis im Süden, während in der arabischen und moslemischen Welt Verzweiflung vorherrschte.
2. **Die Kur ist die Krankheit - Erfahrungen mit Armutsbekämpfung nach den Rezepten des Washington Consensus** von Jörg Goldberg Die seit dem verpatzten WTO-Gipfel von Seattle wachsende soziale Bewegung der „Globalisierungsgegner oder -kritiker“ – so die verbreiteten, etwas irreführenden Bezeichnungen – verdient in mehrfacher Hinsicht Beachtung. Dies gilt sicherlich für ihren globalen Charakter und ihre Fähigkeit, moderne Kommunikationstechnologien zu nutzen, ...
3. **Neoliberale Globalisierung, Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und Arbeiterinnen in Südkorea** von Joo-Yeon Jeong Es gibt keinen Ort auf der Erde, der nicht vom Neoliberalismus vergiftet ist. Er hat es einigen wenigen Menschen ermöglicht, so viel öffentliches Leben wie möglich zu kontrollieren, um ihren persönlichen Profit zu maximieren. Er hat schreckliche Folgen, vor allem in der Dritten Welt, wo imperialistische Mächte weiterhin Natur- und Humanressourcen ausbeuten, um die ...

1. Der American Way of War von Walden Bello

Nach der Logik der amerikanischen Regierung hätten überall vor Freude Feuerwerke gezündet werden müssen, als ihre Anti-Terror-Kreuzzügler den Unterschlupf von Ossama bin Laden in Tora Bora ins Visier genommen haben. Europa blieb jedoch ruhig, es gab etwas Besorgnis im Süden, während in der arabischen und moslemischen Welt Verzweiflung vorherrschte.

Die Gründe sind klar: mindestens 4000 Tote, darunter viele Zivilisten, vier Millionen Flüchtlinge und drohende Rückkehr zum Chaos der Stammeskonflikte wegen der Entmachtung der zentralen Autorität. Die Taten von Bin Laden und seiner Organisation waren grauenvoll und durch nichts zu entschuldigen, aber dieser Angriff auf ein Land im Namen der Gerechtigkeit? Wieder einmal haben die Amerikaner die Stadt zerstört, die sie eigentlich retten wollten.

Washington lässt sich seine triumphale Stimmung durch diese Fakten jedoch nicht verderben. Die Taliban und Al Qaida wurden vernichtend geschlagen, aber dieser Sieg hat weit größere Bedeutung für das Pentagon. Mit massiven und gezielten Luftschlägen können Kriege auch nahezu ohne amerikanische Bodentruppen und praktisch ohne eigene Verluste gewonnen werden. Bodentruppen sind natürlich nicht völlig verzichtbar, aber sie werden weniger für den Angriff als für die "Aufräumarbeiten" gebraucht, die sich gegen demoralisierte und vom Bombardement zermürbte Überlebende des Infernos richten—eine Aufgabe für lokale Söldnertruppen wie die Nordallianz.

DIE LUFTSCHLÄGE BEENDEN DAS VIETNAM-SYNDROM

Was 1999 im Kosovo-Konflikt erprobt wurde, konnte jetzt in Afghanistan voll umgesetzt werden. Dieser Krieg war der letzte Nagel zum Sarg des sogenannten Vietnamsyndroms. Mit dem neuen Vertrauen auf das, was der Militärhistoriker Russell Weighley als den "American Way of War" bezeichnete, also den Einsatz von massiver Feuerkraft und Hochtechnologie bis zum bedingungslosen Sieg, plant Washington jetzt ernsthaft ähnliche Interventionen in anderen Staaten, die den

Terroristen angeblich Hilfe und Unterstützung gewähren, wobei der Jemen, der Sudan, Somalia und Irak die Hauptkandidaten sind.

Es wäre außerdem eine Überraschung, wenn die Ereignisse in Afghanistan nicht zu einer Forcierung der Pläne geführt hätten, die militärische Rolle der USA im Krieg gegen die Drogen in Kolumbien zu stärken. Das Magazin Newsweek schrieb, dass die Stimmen in der kolumbianischen Regierung, die für mehr Einflussnahme der USA eintreten, jetzt "versuchen, die Parallelen zwischen den Taliban und ihren eigenen Guerillabewegungen aufzuzeigen..." Ein nicht unbedeutender Unterschied besteht offensichtlich in der Tatsache, dass es sich bei Afghanistan um Wüste und bei Kolumbien um Dschungel handelt, aber ist dieses Problem mit amerikanischer Technologie nicht leicht zu lösen?

NEUE TREUHANDVERWALTUNG

Zusammen mit dem wiedererstarkten Vertrauen in den American Way of War wird auch die direkte Einmischung in die Angelegenheiten von Entwicklungsländern wieder hoffähig. Schon vor dem 11. September wurden viele sogenannte Entwicklungsländer, besonders in Afrika und dem Mittleren Osten, als "gescheiterte Gesellschaften" bezeichnet. Das Essay, das Robert Kaplan 1994 für The Atlantic verfasste, war nur eine von vielen Schriften, in denen mit Nachdruck die These vertreten wurde, die Entkolonialisierung in Afrika und dem Mittleren Osten hätte nicht zu stabilen Staatsformen, sondern zu einem Abgleiten in "Anarchie" geführt, durch die eine Destabilisierung der ganzen Welt drohte.

Seit dem 11. September verliert die Anerkennung der nationalen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung anderer Staaten in Washington und London zusehends an Bedeutung, wobei konservative Intellektuelle Meinungen vertreten, die von mächtigen Staaten (noch) nicht geäußert werden können. Ein einflussreiches Zitat stammt von Paul Johnson, dem Autor von Modern Times:

"...Mittelfristig wäre die beste Lösung eine Rückkehr zum alten Mandatsystem des Völkerbunds, das eine annehmbare Form des Kolonialismus zwischen den Weltkriegen dar-

stellte. Syrien und der Irak waren höchst erfolgreiche Mandate. Der Sudan, Libyen und der Iran wurden durch internationale Verträge ebenso mit speziellen Regimes versehen. Wenn Länder nicht in Frieden mit ihren Nachbarn leben können und somit indirekt auch einen Kampf gegen die internationale Gemeinschaft führen, können sie nicht völlige Unabhängigkeit beanspruchen. Mit der gegenwärtigen weitgehenden Zustimmung aller ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats zur Initiative der Vereinigten Staaten sollte es nicht weiter schwer sein, ein neues Mandatssystem der Vereinten Nationen einzurichten, mit dem terroristische Staaten unter Aufsicht gestellt werden können."

Es ist kaum verwunderlich, dass in Argumentationen wie dieser praktisch nie auf die eigentlichen Gründe extremer Reaktionen wie des Terrorismus hingewiesen wird: die Festlegung der Grenzen in der Kolonialzeit, die auch nach deren Ende für Konflikte sorgten, die Marginalisierung der neuen Länder in einer globalen Wirtschaftsordnung der Ungleichheit sowie die fortdauernde Macht des Nordens über die Gebiete mit reichlichen Öl- und Gasvorkommen, die zum Betreiben der brennstoff- und energieintensiven Zivilisation des Westens gebraucht werden.

Die nächste Phase in Afghanistan ist der Anfang des aktuellen Experiments der neuen Treuhandverwaltung oder des neuen Mandatssystemes, das auf das Scheitern der ersten größeren Initiative wegen der Widerspenstigkeit Somalias 1993 folgen soll. Die Europäische Union wurde gebeten, unter britischer Führung eine ständig präsente Besatzungstruppe abzustellen, während die Vereinten Nationen hinzugezogen werden, um zum Füllen des politischen Vakuums eine "repräsentative Regierung" mit den rivalisierenden Stämmen auszuhandeln. Bei der Beobachtung der Entwicklungen in Afghanistan drängt sich der Eindruck auf, dass Washington nach dem folgenden Prinzip vorgeht: Das militärische Vorgehen erfolgt einseitig, aber dann werden Allianzen geschmiedet, damit andere die Schuld tragen, wenn die politische Struktur zusammenbricht.

KRIEG OHNE GRENZEN

Der Krieg gegen den Terror kennt keine Grenzen, also muss der Krieg im eigenen

Land mit ebensolcher Entschlossenheit geführt werden. Der 11. September war ein zweites Pearl Harbor, und die Regierung von Bush verkündete den Amerikanern, dass sie sich mitten in einem richtigen Krieg wie dem Zweiten Weltkrieg befänden. Nicht einmal der Kalte Krieg wurde so radikal dargestellt wie der Krieg gegen den Terror. Gesetze und Verordnungen zur Beschränkung des Rechts auf Privatsphäre und Bewegungsfreiheit wurden mit einer Geschwindigkeit und auf eine Weise verabschiedet, die Joe McCarthy grün vor Neid hätten werden lassen. Die Vereinigten Staaten führen diesen Krieg erst seit neun Wochen, schrieb David Corn in *The Nation*, aber es wurden bereits Gesetze verabschiedet und Verordnungen unterzeichnet, die geheime Militärgerichte vorsehen, die Menschen mit anderer Staatsbürgerschaft als der amerikanischen verurteilen können, Einwanderer können wegen Zugehörigkeit zu einer Vereinigung schuldig gesprochen werden können, das Justizministerium kann Einwanderer auf bloßen Verdacht hin einsperren lassen, die Möglichkeiten bei Lauschangriff und geheimen Durchsuchungen wurden erweitert, es können geheime Beweismittel in Einwanderungsverfahren eingesetzt werden, die von Einwanderern nicht angefochten oder entkräftet werden können, die Geheimhaltung zwischen Klient und Anwalt gibt es nicht mehr, weil die Regierung mithören darf, und das Anlegen von Profilen aufgrund der ethnischen Abstammung ist jetzt gesetzlich zulässig. Die europäischen Verbündeten der USA haben mit Hochdruck Ähnliches durchgesetzt, wobei viele wie Washington das antiterroristische Klima nutzten, um reihenweise Gesetze zu verabschieden, die schon vor dem 11. September bereitlagen. Anders als in den USA fügen sich jedoch die BürgerInnen und Parlamente nicht so einfach. Überraschenderweise gilt dies auch für das britische Parlament, das Tony Blairs drakonischen Antrag zu Fall brachte, der es Strafgerichten ermöglicht hätte, des Terrorismus verdächtige AusländerInnen beliebig festzunehmen und einzusperren. Die seit dem 11. September in Amerika erlassenen Gesetze sind nicht nur wegen ihren Auswirkungen im Inland, sondern auch wegen ihren internationalen Konsequenzen besorgniserregend. Hier wird ein Regime recht-

lich einseitiger Handlungsfähigkeit institutionell verankert: das letzte Paket von Gesetzen und Verordnungen versetzt Washington in die Lage, im internationalen Kampf gegen terroristische Ziele praktisch beliebige Mittel einzusetzen. Dies wurde erst kürzlich von amerikanischen Truppen demonstriert, die ganz im Stil von Piraten ohne Zustimmung ein Schiff aus Singapur in der arabischen See enterten, die Mannschaft überwältigten und eine ergebnislose Suche nach Terroristen begannen.

Wäre bei dieser Durchsuchung ein Verdächtiger gefunden worden, hätte ihn das Pentagon auf eine US-Militärbasis beispielsweise in Deutschland überführt, ihn dort vor einem geheimen Militärgerichtshof angeklagt und im Fall eines Schuldspruchs ohne die strengen Bestimmungen des Zivilrechts zur Exekution oder Haft zurück in die USA gebracht, möglicherweise anonym. Die Kooperation der Staaten, auf deren Gebiet Terroristen ergriffen werden, wäre zwar begrüßenswert, aber sie demnach nicht unbedingt nötig.

DEUS EX MACHINA

In den Begriffen des klassischen Dramas wäre der 11. September die Deus ex Machina gewesen, eine äußere Kraft oder Begebenheit, durch die das Schicksal eine neue Wendung nimmt. Der Anschlag der Al Quaida in New York war das bestmögliche Geschenk für die USA und das globale Establishment, wenn man die Situation vor dem 11. September betrachtet. Nur ein paar Wochen zuvor hatten etwa 300.000 Menschen in Genua das gewaltige Spektrum und die Größe der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung demonstriert, die mit den Kundgebungen in Seattle, Washington, DC, Chiang Mai, Prag, Nizza, Porto Alegre, Honolulu und Göteborg ständig an Schubkraft gewonnen hatte.

Die Proteste in Genua hatten als zentrales Thema die Funktionen der wichtigsten globalen Wirtschaftsinstitutionen – Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO)-die ebenso mehr denn je in Frage gestellt werden wie die ganze Doktrin von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung im Sinne des Neoliberalismus oder des "Konsens von Washington". Dieser Verlust an Glaubwürdigkeit wurde durch eine Abfolge von Katastrophen hervorgerufen. Dazu gehörten die Finanzkrise in

Asien, das schleichende Desaster der strukturellen Änderungen in Afrika und Lateinamerika sowie die Ausdehnung der Finanzkrise, erst auf Russland und Brasilien und jetzt auf Argentinien.

Diese Legitimationskrise der wichtigsten Institutionen der kapitalistischen Globalisierung ist deshalb so schwer greifbar, weil sie mit einer tiefgehenden strukturellen Krise der Weltwirtschaft zusammentrifft. Die wichtigsten Gründe für diese Krise sind die industrielle Überproduktion, der zunehmende Monopolisierung als Reaktion auf sinkende Gewinne und die unregulierte Spekulation auf den Finanzmärkten. Als Ende 2000 und Anfang 2001 Kapital im Wert von 4,6 Billionen Dollar, also der Hälfte des Bruttoinlandsprodukts der USA, ausgelöscht wurde, brach die sogenannte New Economy zusammen und erlebt eine tiefe Rezession. Die globale Ausdehnung der Rezession und ihre Tiefe haben den Begriff "synchroner Abschwung" geprägt, der einen Vorgang beschreibt, der durch die stärkere Verzahnung und gegenseitige Abhängigkeit von Wirtschaftssystemen hervorgerufen wird, die ihre Ursache in der globalen Liberalisierung des Handels, der Investitionen und der Finanztransaktionen hat.

Als sich die Verheißungen der Globalisierung wie Wohlstand, ein Ende der Armut und weniger Ungleichheit in Luft auflösten, war es keine Überraschung, dass die Kritiker der Globalisierung "Aufwind bekamen", wie C. Fred Bergsten, ein die Globalisierung generell befürwortender Ökonom, der Trilateral Commission sagte.

Außerdem brachte vor dem 11. September dieser Verlust an Glaubwürdigkeit nicht nur die Institutionen der globalen wirtschaftlichen Macht, sondern auch die Institutionen der politischen Macht im Norden (besonders in den USA) in Misskredit. In zunehmendem Maß begannen die Amerikaner zu erkennen, dass ihre liberale Demokratie so von der finanziellen Macht der Unternehmen korrumpiert worden war, dass man sie tatsächlich auch als Plutokratie bezeichnen könnte. Bei den Präsidentschaftswahlen 2000 drehte sich in einer erfolgreichen Kampagne von Senator John McCain alles um ein Thema: die Reform eines Systems der Macht von Unternehmen

über das Wahlsystem, das in diesem Ausmaß einzigartig in der Welt ist.

Dass der von den großen Firmen unterstützte Kandidat die Wahl nach Wählerstimmen verlor – Untersuchungen ergaben inzwischen, dass dies auch im Endergebnis der Fall hätte sein müssen – und dennoch Präsident der mächtigsten liberalen Demokratie der Welt wurde, trug nicht gerade dazu bei, die Rechtmäßigkeit eines politischen Systems zu untermauern, dass sich nach Meinung vieler Beobachter bereits mitten in einem "kulturellen Bürgerkrieg" zwischen Konservativen und Liberalen befand. Diese Polarisierung teilt das Land praktisch in zwei Hälften.

WENDE DES SCHICKSALS

Bei allem Verständnis für die Ungerechtigkeit, die normale Leute zu Terroristen macht, verurteilen progressive Menschen schon immer den Terrorismus nicht nur, weil er das Leben Unschuldiger kostet, sondern auch, weil er förmlich eine Einladung für reaktionäre Gegenmaßnahmen darstellt. Tatsächlich folgten die Ereignisse nach dem 11. September exakt der historischen Vorlage.

Der Rauch von den Trümmern des World Trade Center lag noch in der Luft, da nutzte der Handelsbeauftragte der Vereinigten Staaten Robert Zoellick die Gelegenheit, um wieder auf die Unabdingbarkeit der neoliberalen Globalisierung hinzuweisen. Mit dem Argument, dass weiter forcierte Liberalisierung als Gegenmaßnahme zum Anschlag des 11. Septembers auf die Weltwirtschaft notwendig sei, stellten sich Zoellick, der Handelskommissar der EU Pascal Lamy und der Generaldirektor der WTO Mike Moore ganz in den Dienst des Vorhabens, die Entwicklungsländer so in Panik zu versetzen, dass sie dem Beginn einer neuen Phase von Handelsliberalisierung bei der fünften Ministerkonferenz der WTO in Doha, Katar, im letzten November zustimmen würden. Durch die Erklärung von Doha wurde das Vehikel der Handelsliberalisierung, also die WTO, auf die Räder gestellt und nach dem Totalschaden in Seattle wieder in Bewegung gesetzt.

Horst Köhler, der Generaldirektor des IWF und Jim Wolfensohn, der Präsident der Weltbank, sahen in dem Krieg auch eine Gelegenheit, der Krise ihrer Institutionen entgegenzuwirken. Köhler zeigte sich sehr kooperativ,

als es darum ging, den IWF zu einem zentralen Bestandteil des Gesamtprogramms von Washington für strategisch wichtige Staaten wie Pakistan und Indonesien zu machen, auch wenn dabei ein strategisch nicht relevantes Land wie Argentinien, das bereits dicht vor dem Bankrott stand, im Stich gelassen wurde. Als seine Präsidentschaft und seine Institution durch Kritik von links und rechts in die Zange genommen wurde, nutzte Jim Wolfensohn den 11. September, um die Weltbank als wichtigen Partner des Pentagon im Krieg gegen den Terrorismus hinzustellen, wobei er die "weiche" Position einnahm, bei der die Armut im Mittelpunkt stand, die den Nährboden für Terrorismus darstellt, während das Pentagon die "harte" Rolle des Bombardierens der Terroristen spielte.

Was die Krise der politischen Herrschaft in den USA angeht, hat der 11. September George W. Bush von einem Minderheitspräsident, dessen Partei die Mehrheit im Senat verloren hatte, in den tatsächlich mächtigsten US-Präsidenten der letzten Zeit verwandelt, dessen Zustimmung in der Gesamtbevölkerung bei 86 Prozent liegt, wie kürzlich eine Umfrage der New York Times ergab. Fast acht von zehn Amerikanern befürworteten sein Verfahren der unbegrenzten Inhaftierung von Menschen ausländischer Herkunft, die angeblich eine Bedrohung der nationalen Sicherheit darstellen, und sieben von zehn amerikanischen Bürgern sind für das Abhören von Gesprächen zwischen Klienten und ihren Anwälten durch die Regierung.

Das liberale Spektrum war extrem in der Defensive, der renommierte Harvard-Liberale Laurence Tribe zeigte sogar Verständnis für das Einsetzen von Militärgerichtshöfen und die unbegrenzte Inhaftierung von über 1200 Leuten, und sein ebenso bekannter Kollege Alan Dershowitz erklärte einem Bericht von The Nation zufolge, dass der Einsatz von Folter mit entsprechender Befugnis zu rechtfertigen sein kann. Sogar Richard Falk von der Universität Princeton, eine linksliberale Symbolfigur, glaubte zunächst, Bushs Krieg als einen "gerechten Krieg" bezeichnen zu müssen, obwohl er seine Meinung zum Glück revidiert hat.

VON LOCKE ZU HOBBS

Es droht immenser Schaden an der politischen Psyche und dem politischen System Amerikas. Amerikaner verweisen oft mit Stolz auf ihr politisches System, dessen Aufgabe sie darin sehen, möglichst viel individuelle Freiheit nach den Vorstellungen von John Locke und Thomas Jefferson zu schaffen und zu schützen. Mit dieser Tradition wurde in den letzten Wochen radikal gebrochen, als die Amerikaner gezwungen wurden, der Regierung im Namen der Ordnung und der Sicherheit sehr weitreichende Macht über das Individuum zu geben. Anstatt sich weiter zu entwickeln, ist der Anspruch der konstitutionellen Demokratie Amerikas von dem von Locke aus dem siebzehnten Jahrhundert zu dem von Hobbes aus dem sechzehnten Jahrhundert degeneriert. In dessen Meisterwerk Leviathan vertrat er die Meinung, dass Bürger gegenüber einem Staat, der ihnen ein sicheres Leben und Unversehrtheit garantiert, zu bedingungsloser Loyalität verpflichtet sind.

Das ganze Ausmaß der inzwischen möglichen Einschränkungen traditionellen Freiheiten trat kürzlich zu Tage, als Justizminister John Ashcroft sagte, die Kritiker der Sicherheitsmaßnahmen der Bush-Regierung wären Panikmacher, "die friedensliebenden Menschen mit ihren Schreckensvorstellungen von eingeschränkter Freiheit Angst machen und dadurch Terroristen unterstützen". Dass die liberalen Senatoren der Demokraten, die er während einer Senatssitzung mit dieser Meinung konfrontierte, verängstigt waren und nicht reagierten, zeigt, wie geschickt die Konservativen den Kampf gegen den Terror nutzten, um den tatsächlichen Krieg im Land zu gewinnen: den Kampf gegen die Liberalen und die Progressiven.

KÄMPFEN FÜR DIE ZUKUNFT

Die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung, die vor dem 11. September extrem an Schubkraft gewonnen hatte, kämpft jetzt verzweifelt darum, diesen Status wieder zu erreichen. Drei Entwicklungen sind dabei gefährlich:

Erstens: Nachdem die Polizei für den Einsatz von Provokateuren in Genua an den Pranger gestellt worden war, gewann sie ihr Selbstvertrauen in der neuen Situation zurück, in der

Einschränkungen politischer Grundrechte plötzlich wieder akzeptabel wurden. Die neue Aggressivität der Polizei trat bei dem Treffen von IWF und Weltbank in Ottawa am 18.-19. November offen zutage, als die kanadische Polizei ohne Anlass und unter den Augen der Presse in Kampfanzügen eine friedliche globalisierungskritische Demonstration attackierte, um junge TeilnehmerInnen festzunehmen, die nur friedlich protestieren wollten.

Zweitens: Die Definition von "Terrorist", wie sie in der europäischen und der amerikanischen Gesetzgebung verwendet wird, ist so vage, dass sie auch auf gewaltfreie Gruppen angewendet werden kann, die verschiedene Formen des zivilen Ungehorsams praktizieren, der eine wichtige Waffe der Bewegung darstellt, oder die kleinere Sachbeschädigungen symbolischer Natur begehen, die niemanden schädigen.

Drittens: bei den großen Treffen der Globalisierungskritiker kommen Hunderttausende aus vielen Ländern zusammen, was sich jetzt leicht verhindern lässt, wenn mit Hilfe der neuen Gesetze willkürlich Leute verhört, eingesperrt und ausgewiesen werden können oder AusländerInnen die Einreise verwehrt wird, weil lediglich der Verdacht besteht, dass es sich um Terroristen, Sympathisanten von Terroristen oder zufällig mit Terroristen Reisende handelt. Es kann also praktisch jeden treffen, der mit etwas Phantasie dem terroristischen Umfeld zugeordnet werden kann.

All dies ist für Massenproteste natürlich sehr nachteilig, wobei die Regierungen und die wichtigsten Medien nur allzu bereit sind, die digitalen Bilder von Terroranschlägen in der öffentlichen Wahrnehmung mit dem militanten aber friedlichen zivilen Ungehorsam der globalisierungskritischen Aktivisten zu vermischen.

DARTH VADER ODER LUKE SKYWALKER?

Washington genießt seinen Triumph. Aber während es ein Image von Amerika pflegt, das dem von Luke Skywalker entspricht, der das afghanische Volk vom repressiven Regime der Taliban befreit, wird es in weiten Teilen der Dritten Welt eher wie Lukes böser Gegenspieler Darth Vader wahrgenommen, wie John Loyd von der Financial Times schrieb. Dies wird durch den American Way of War natürlich verstärkt, in dem der Tod aus

unsichtbarer Höhe hinabregnet. Dieser Krieg war in unglaublichem Maß anonym und furchterregend, und es liegt viel Wahrheit im Kommentar des Newsweek-Autoren John Barry, der schrieb, dass die Amerikaner wegen ihrer zermürbenden Bombardierungen "vielen Taliban vorgekommen sein mussten wie Wesen von einem anderen Planeten: irgendwo da draußen im Himmel oder hinter dem Horizont und gesegnet mit unvorstellbarer Macht".

George Lucas hätte sich kein besseres Drehbuch für das zurückschlagende Empire einfällen lassen können als den Angriff auf Afghanistan.

Eins ist jedoch sicher: Große Mächte fordern immer auch Widerstand heraus. Man kann tatsächlich argumentieren, dass die USA zwar eine weitere Schlacht gewonnen haben, ihre strategische Situation im Mittleren Osten und in Südasien aber gerade durch diesen Konflikt geschwächt wurde. In Pakistan ist jetzt ein fundamentalistisches Regime möglich. Die von Washington unterstützte Feudalherrschaft in Saudiarabien ist weiter vom Volk entfernt als je zuvor, wobei ein beträchtlicher Teil der saudiarabischen Jugend Bin Laden wegen seines Widerstands gegen die USA wie einen Helden verehrt und die Möglichkeit besteht, dass Washington schließlich als Polizeimacht fungieren und die Elite vor dem eigenen Volk schützen muss. Seit der Bombardierung Afghanistans und der sehr weit gefassten Unterstützung Israels durch die Regierung Bush brodelt die Wut auf die USA und den Westen inzwischen vom moslemischen Nordafrika bis zum moslemischen Indonesien und bietet den idealen Nährboden für die Verbreitung der Bewegungen, die den mit den USA verbündeten Regimes die Macht entreißen wollen.

Wird die moderne Technologie oder die Entstehung von Volksbewegungen der entscheidende Faktor in diesem epochalen Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Souveränität für die Völker des Südens gegen die Vereinigten Staaten sein? Ist das Ergebnis Afghanistan oder Vietnam? Ist der Überlebende Darth Va-

der oder Luke Skywalker? Dies ist bisher noch nicht entschieden, und das wird auch noch eine Weile so bleiben.

Für die globalisierungskritische Bewegung kann sich der 11. September als ein vorübergehender Rückschlag erweisen, aus dem sie neue Kraft schöpfen kann. Die massiven Mobilisierungen auf der Straße als Begleitscheinungen der großen Zusammenkünfte der globalen Eliten, zum Beispiel die Treffen des IWF und der G 8, haben jetzt die Grenzen ihrer Möglichkeiten erreicht, und dies kann die Bewegung in eine Richtung lenken, in der innovative Ansätze entstehen, bei denen Massendemonstrationen und Aktionen mit rechtlichen und parlamentarischen Strategien kombiniert werden.

Wenn es in der Situation nach dem 11. September einen Silberstreif am Horizont gibt, dann ist es die Tatsache, dass drei Bewegungen, die bisher getrennte Wege gingen, also die Friedensbewegung, die Bewegung für Menschenrechte und die Gegner der neoliberalen Globalisierung, jetzt erkannt haben, dass sie gemeinsam agieren müssen. Dies ist ein kraftvolles Bündnis, das auf mittlere und lange Sicht einen wichtigen Beitrag zur Veränderung der Kräfteverhältnisse leisten kann, wenn der globale Neoliberalismus weiter seine ausgrenzende, marginalisierende und unterdrückerische Kraft entfaltet.

Die Behüter und Propagandisten der USA beanspruchen zu früh ihren Sieg. Um eins der Bilder mit Bezug auf den Zweiten Weltkrieg zu verwenden, die bei George W. Bush, Donald Rumsfeld und John Ashcroft in diesen Tagen so beliebt sind: Es ist nicht 1945, meine Damen und Herren, sondern 1941!

Dr. Walden Bello ist Vorsitzender von Focus on the Global South in Bangkok, Thailand und Professor der Soziologie an der Universität der Philippinen. Erste Veröffentlichung: Focus on Trade N°72 - Dez 2001

<http://www.focusweb.org>

Übersetzer : Jürgen SCHULZ

2. Die Kur ist die Krankheit. Erfahrungen mit Armutsbekämpfung nach den Rezepten des Washington Consensus von Jörg Goldberg

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung aus: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Bonn, 9/2001, S. 1091-1100. <http://www.blaetter.de/>

Die seit dem verpatzten WTO-Gipfel von Seattle wachsende soziale Bewegung der „Globalisierungsgegner oder -kritiker“ – so die verbreiteten, etwas irreführenden Bezeichnungen – verdient in mehrfacher Hinsicht Beachtung. Dies gilt sicherlich für ihren globalen Charakter und ihre Fähigkeit, moderne Kommunikationstechnologien zu nutzen, aber auch für den Gegenstand der Proteste selbst. Denn diese richten sich nicht bloß gegen die *Auswirkungen* scheinbar relativ abstrakter ökonomischer Theorien und Prinzipien, sondern nehmen diese selbst ins Visier. War man bislang gewohnt, dass die Auseinandersetzungen zwischen Neoliberalen und Keynesianern, zwischen Freihändlern und Schutzzöllnern, zwischen Vertretern des „Washington-Konsens“ und des „post-Washington-Konsens“ in Hörsälen und Luxushotels ausgetragen wurden (während die Folgen der darauf beruhenden Politiken durchaus zum Gegenstand von manchmal blutigen Konflikten wurden), so haben sich diese inzwischen auch auf die Straßen verlagert. Dies stellt zunächst eine gewisse Gerechtigkeit wieder her: Empfohlen die Anhänger des Washington-Konsenses im Interesse freier Märkte zum Beispiel die Abschaffung von Lebensmittelsubventionen überall auf der Welt (1), dann führte das in vielen Fällen dazu, dass denjenigen, welche diese „Empfehlung“ vor Ort umsetzen mussten, die Steine um die Ohren flogen, während die Berater längst wieder abgereist waren. Heute stellen auch die politischen und intellektuellen Autoren einer solchen Politik verbittert fest, dass sie selbst sich immer öfter hinter Stahlgittern und bewaffneten Polizisten verschanzen müssen, wenn sie Vorschläge diskutieren wollen. Scheinbar abstrakte Debatten über Finanzarchitektur und intellektuelle Eigentumsrechte, über Wechselkursregime und Geldpolitik werden zum Gegenstand von Massenprotesten. Die Bewegung insgesamt setzt sich mit ihrem Thema auf einem vergleichsweise hohen

hen Fachniveau auseinander, wie ein Blick ins Internet deutlich macht.(2)

Gibt es noch Konsens in Washington?

Ravi Kanbur, führender Weltbankökonom und (auf Druck des US-Finanzministeriums) zum Rücktritt veranlasster Koordinator des Weltentwicklungsberichts 2000 der Weltbank („Attacking poverty“), stellte schon vor einem Jahr fest, dass die Angriffe der globalen Protestbewegung bei den intellektuellen und politischen Vertretern der Finanzfraktion (3) verschiedentlich Trotzreaktionen hervorrufen. Die Abschlusserklärung des G8-Gipfels von Genua bestätigt Kanburs Vermutung. Schon einleitend heißt es dort trotzig: „Die wirksamste Armutsreduzierungsstrategie besteht darin, eine starke, dynamische, offene und wachsende Weltwirtschaft zu erhalten.“ (4). Tatsächlich scheint die Belagerung ihrer internationalen Treffen, die noch vor wenigen Jahren in angenehmer Atmosphäre und von freundlicher Wirtschaftspresse begleitet weitab der Öffentlichkeit abliefen, für die Vertreter der Finanzfraktion „eine traumatische Erfahrung“ zu sein.(5) Die gusseisernen öffentlichen Reaktionen seitens der „Gruppe A“(6) auf die massiv vorgetragenen Kritiken können allerdings die Tatsache nicht verdecken, dass diese mit ihren Konzepten in großer Verlegenheit steckt. Die in öffentlichen Erklärungen immer noch propagierten scheinbaren Gewissheiten aus der ersten Hälfte der 90er Jahre sind nämlich längst der Realität zum Opfer gefallen. Während es in der Abschlusserklärung von Genua apodiktisch heißt, „Offener Handel und Investitionen sind der Motor des globalen Wirtschaftswachstums und der Armutsbekämpfung“ (Punkt 10), brennt die wissenschaftliche Hütte der Finanzfraktion bereits an allen Ecken. Denn diese Behauptung wird in ihrer Allgemeinheit nur noch von wenigen Forschern vertreten, wie ein Blick in einschlägige Publikationen selbst aus dem Umfeld der Weltbank deutlich

macht. Tatsächlich spricht die Wirklichkeit eine andere Sprache. So konstatieren Kenny und Williams (ersterer Mitarbeiter der Weltbank) in einem Übersichtsartikel zu neueren empirischen Studien über die Bestimmungsfaktoren von Wirtschaftswachstum, ein positiver Zusammenhang zwischen der Offenheit des Handels und Wirtschaftswachstum sei nicht nachweisbar. Die Ergebnisse der einschlägigen empirischen Untersuchungen fassen die Autoren folgendermaßen zusammen: „Wir finden wenig Hinweise, dass offene Handelspolitik im Sinne niedrigerer Zölle und nichttarifärer Handelsschranken in signifikanter Weise mit Wirtschaftswachstum verbunden ist“. (7)

Die massive Reaktion der Demonstranten und der öffentliche Glaubwürdigkeitsverlust (8) der in der Abschlusserklärung der G8 erneut verkündeten Bekenntnisse ist im gewissen Sinne auch eine Antwort auf den Versuch der Finanzfraktion, eine wissenschaftlich-politische Monopolposition aufzubauen, welche nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers und der damitfaktisch verbundenen Desavouierung sozialistischer oder als sozialistisch bezeichneter Konzepte vergleichsweise einfach als einzig möglicher Ansatz zur Lösung der Entwicklungsprobleme der ganzen Welt (von der Arbeitslosigkeit in den Industrieländern über die Massenarmut der Dritten Welt bis zum Umbau in den Transformationsländern) präsentiert werden konnte. Der „Washington Consensus“ wurde 1990 geboren und verkündet als „universale Konvergenz“ oder „one-world-consensus“ – sozusagen eine wissenschaftlich-politische Ausformung des „Endes der Geschichte“. John Williamson, prominenter Mitarbeiter am Institute for International Economics beansprucht, diesen Terminus erfunden zu haben. (9) Zum Inhalt des Konsenses zählt er zehn wirtschafts- und sozialpolitische Prinzipien:

- Haushaltsdisziplin
- Orientierung der öffentlichen Ausgaben auf die produktivsten Bereiche (inden Entwicklungsländern Erziehung, Gesundheit und Infrastruktur)
- Steuerreform (Senkung der Steuersätze, Verbreiterung der Steuerbasis)
- Liberalisierung der Zinsen

- Wettbewerbsfähige Wechselkurse (d.h. Abwertung für Länder mit Handelsdefiziten)
- Liberalisierung des Außenhandels
- Liberalisierung des Kapitalverkehrs (Direktinvestitionen)
- Privatisierung
- Deregulierung (der Märkte)
- Sicherung der Eigentumsrechte.

Zwar hatte Williamson damals nur auf Lateinamerika abgestellt, er räumt aber ein, seine Empfehlungen hätten für Asien oder Afrika auch nicht anders ausgesehen. Mit diesen zehn Prinzipien lässt sich „gute Politik“ im Sinne des Washington-Konsenses umschreiben – und der Schlüssel zu Entwicklungserfolgen läge ausschließlich und überall in einer richtigen Zusammenstellung dieser Politik (*policy mix*). Entwicklungsrückstände, anhaltende Armut usw. sind demnach per Definition nur auf „schlechte Politik“ im Sinne der oben genannten zehn Prinzipien (das heißt, deren Nichtbeachtung) zurückzuführen – und zwar überall auf der Welt. Die Bezeichnung dieses Ansatzes als Washington Consensus besagt gleichzeitig, dass es sich um jene Politik handelt, die Williamson zufolge vier in Washington angesiedelte international dominierende Finanzinstitutionen verfolgen: das US-Finanzministerium, die amerikanische Notenbank, der Internationale Währungsfonds und die Weltbank – eine Aufzählung, die nicht nur unumschränkte US-Dominanz in Fragen der Weltwirtschaft unterstellt, sondern darüber hinaus auch die Dominanz von Institutionen, von denen drei noch nicht einmal über eine formale demokratische Legitimation verfügen.

Washington-Konsens + Armutsreduzierung = Post-Washington-Konsens?

Die so beschriebene Position, die allerdings höchstens zwischen den vier genannten Institutionen zeitweilig Konsens war, geriet schon in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ins Zwielicht. Vor allem mit den Veröffentlichungen von Burki/Guillermo und von Joseph Stiglitz, dem wie Ravi Kanbur zum Rücktritt veranlassten Weltbankökonom, wurde der Begriff Post-Washington-Konsens geprägt. (10) Der stellt allerdings – wie viele „Post“-Theorien – eine definitorische Verlegenheitslösung dar und drückt eher das Fehlen einheit-

licher Paradigmen aus, als dass er selbst eines beschreibe. Stiglitz nennt Elemente, die den Post-Washington-Konsens ausmachen: die Forderung nach einer aktiveren Rolle des Staates, unter anderem auf dem Gebiet der Finanzsektorreform, und die Förderung von Wachstum durch Begünstigung von Investitionen in Bildung, Ausbildung und Technologieentwicklung. Notwendig sei ein breiterer Ansatz: „Der Washington-Konsens propagierte den Einsatz weniger Instrumente (wie makroökonomische Stabilität, offener Handel, Privatisierung), um ein vergleichsweise eng definiertes Ziel (Wirtschaftswachstum) zu erreichen. Der Post-Washington-Konsens erkennt, dass mehr Instrumente notwendig sind und dass der Zielkatalog breiter ist.“ (S.16). Der „Post“-Konsens (auch er weit von einem wirklichen Konsens entfernt), liegt faktisch der seit 1999 von den Bretton-Woods-Institutionen propagierten neuen Armutsreduzierungsstrategie (11) als Integration von Strukturanpassungspolitik, Verteilungspolitik und Sozialpolitik zugrunde. Er geht von der empirisch gesicherten Erkenntnis aus, dass die von den Vertretern des traditionellen Washington-Konsenses geschnürten Politikpakete – hier abkürzend als Kombination von Maßnahmen zur Herstellung makroökonomischer Stabilität und offener Märkte definiert – in den meisten Fällen eben kein wirtschaftliches Wachstum mit sich bringen, welches ausreicht, Massenarmut deutlich zu reduzieren. Allerdings zeigen sowohl die aktuellen Debatten über Armutsreduzierungsstrategien als auch die praktischen Erfahrungen mit den entsprechenden Strategiepapieren (PRSP), welche inzwischen in zahlreichen armen, hoch verschuldeten Ländern (HIPC) als Voraussetzung für die Minderung des Schuldendienstes vorliegen, dass aus dieser Erkenntnis noch kaum praktische Konsequenzen gezogen wurden. Eine konzeptionelle Lücke (die Notwendigkeit aktiver, sozial orientierter Wachstums- und Verteilungspolitik) ist identifiziert, aber noch nicht hinreichend gefüllt.

Die konzeptionelle Ratlosigkeit wird am klarsten im entsprechenden Abschnitt des von der Weltbank veröffentlichten PRSP-Handbuchs (12) ausgedrückt, der den Zusammenhang zwischen makroökonomischer Strukturanpassung, Wirtschaftswachstum und

Armutsreduzierung diskutiert und eigentlich Empfehlungen formulieren sollte. (13) Zwar wird eingangs eingeräumt: „Makroökonomische Stabilität allein sichert keine hohen Wachstumsraten.“ (S.2). Die dann aufgezählten ergänzenden Vorschläge lesen sich aber wie die oben zitierte Themenliste des Washington-Konsenses: „regulatory reform, privatization, civil service reform, improved government, trade liberalization, banking sector reform“ (ebd.). Das „Sourcebook“-Kapitel über den Zusammenhang zwischen makroökonomischer Politik und Armutsreduzierung reproduziert damit zwei grundlegende Irrtümer der Entwicklungspolitik unter dem Vorzeichen des „Konsenses“:

- Es gäbe überhaupt irgendwelche universell und überhistorisch gültigen Aussagen über den Zusammenhang zwischen bestimmten wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Wachstum, und
- es reiche aus, „gute Politik“ im Sinne der Kombination von Stabilitätspolitik mit Marktöffnung zu implementieren, um Wirtschaftswachstum und Armutsreduzierung zu erzeugen.

Der erste Irrtum fällt besonders dann ins Auge, wenn man sich bewusst macht, dass es sich bei den Adressaten des „Sourcebook“ nicht einfach um Entwicklungsländer, sondern um die mehr als 70 ärmsten Länder der Welt handelt, in denen von einer integrierten Geld- und Warenwirtschaft zumeist überhaupt nicht geredet werden kann. Es ist auch nicht ansatzweise das Bemühen sichtbar, die besonderen Probleme dieser Ländergruppe in Rechnung zu stellen – was alle Debatten, die die Bedeutung institutioneller Faktoren für die Entwicklung hervorheben, mit Nichtachtung straft. So wird allen Ernstes behauptet, Devisenkontrollen schaden besonders den Armen, weil diese dadurch gezwungen würden, ihre finanziellen Rücklagen in einheimischer Währung zu halten. Hätten sie Zugang zu ausländischen Devisen, dann könnten sie sich besser gegen Abwertungen und andere externe Schocks absichern (S.22). Tatsächlich dürfte für die (meist ländlichen) Armen in den ärmsten Ländern der Welt (mit weniger als einem US-Dollar Kaufkraft am Tag), welche überwiegend von Subsistenzproduktion leben, das Problem, ob sie lieber einheimische Wäh-

rung oder ausländische Devisen halten sollen, so real sein wie die Frage, ob sie lieber im Hilton oder im Sheraton absteigen möchten. Kaum zu glauben, dass solche akademischen Fingerübungen ernsthaft beanspruchen, die Grundlage für praktische wirtschaftspolitische Empfehlungen in der wirklichen Welt der armen Länder zu bilden.

Dass die zweite Annahme ein ebenso krasser Irrtum ist, lässt sich empirisch belegen. In dem schon erwähnten Überblick über vergleichende Analysen zum Zusammenhang zwischen Wachstum und Wirtschaftspolitik (und anderen Faktoren) kommen Kenny und Williams zu dem Schluss, dass es keinerlei Beleg für den Zusammenhang zwischen Wachstum und einem bestimmten *policy mix* gibt, den der Washington-Konsens unterstellt: „[...] angesichts von Strukturunterschieden ist es eher wahrscheinlich, dass auch jeweils unterschiedliche politische Maßnahmenpakete angemessen sind“. (S. 12) Wie Ländervergleiche zeigen, weisen weder eine offene Handelspolitik noch Anti-Inflationspolitik noch die Beseitigung von Haushaltsdefiziten generell einen empirisch signifikanten Zusammenhang zu Wachstum und Armutsreduzierung auf. Diese Feststellung kann sich zudem auf die Tatsache stützen, dass die Strukturanpassungspolitik selbst in jenen afrikanischen Ländern, in denen sie „gewissenhaft“ angewendet wurde, in den 90er Jahren mit Wachstumsraten von 0,5% jährlich einherging (S.10). Die genannten Autoren schlussfolgern aus den Ergebnissen zahlreicher und methodisch ganz unterschiedlich angelegter Ländervergleiche, dass der universal gültige Satz von Maßnahmen „guter Politik“ schlicht nicht existiert: „Empirischer Augenschein zeigt, dass es kaum einen Beleg für die universelle Gültigkeit eines bestimmten politischen Konzepts gibt.“ (S.1).

Dies heißt nun nicht, dass „Washingtoner“ Maßnahmenpakete generell abzulehnen sind und dass nur ein neuer „Konsens“ zu finden sei, der wirksamer ist – es gilt vor allem Abschied zu nehmen von der Vorstellung, in der globalisierten Welt funktionierten Gesellschaften (die Ökonomie ist eine Gesellschaftswissenschaft!) überall auf die gleiche Weise. Damit wird allerdings dem Mainstream der bisherigen Entwicklungspoli-

tik und darüber hinaus dem jetzigen Trend zur Schaffung global gültiger Regelwerke methodisch der Boden entzogen. Denn letzten Endes geht mit der ökonomischen Globalisierung in ihrer jetzigen Form der Versuch einher, die Welt mit einheitlichen, überhistorischen Mustern zu erklären und vor allem zu behandeln. Tatsächlich aber ist festzustellen, dass gesellschaftliche und damit ökonomische Prozesse von hoher Komplexität sind und vor allem, dass diese Komplexität eben nicht global ist. Maßnahmen, die in einem Land, in einer Region funktionieren, können in einem anderen Land oder in einer anderen Region oder in einem anderen Zeitraum völlig versagen.

Armutsreduzierung durch sozial ausgewogenes Wachstum (14)

Auch die knapp zwei Jahre alte Praxis der neuen Strukturanpassungs- und Armutsstrategie der Bretton-Woods-Institutionen zeigt die im erwähnten Source-book-Kapitel zum Ausdruck kommende Rat- und Orientierungslosigkeit, wie eine Analyse der vorliegenden Strategiepapiere (PRSPs) deutlich macht. Derzeit, im Sommer 2001, liegen 35 vorläufige und 5 komplette PRSPs vor, die als „gesunde“ Grundlage für Entschuldungsmaßnahmen und neue konzessionäre Kredite abgesegnet wurden.¹⁵ Bis zum Jahresende 2001 wird die Zahl der fertigen PRSPs voraussichtlich auf etwa 20 steigen.

Letzten Endes gibt es in diesen Dokumenten gegenüber den bisherigen Strukturanpassungspapieren nur wenig wirklich neue inhaltliche Akzente. Sieht man sich die wirtschaftspolitischen Maßnahmenkataloge an, so finden sich dort die bisherigen Empfehlungen zur Stabilisierung und Marktöffnung auf der einen Seite und Vorschläge, wie die öffentliche Haushaltspolitik stärker auf die Bedürfnisse im Erziehungs- und Gesundheitsbereich ausgerichtet werden kann auf der anderen. Armutsreduzierung soll sich als Kombination aus klassischer Stabilitätspolitik und erhöhten Ausgaben im Bildungs- und Gesundheitsbereich ergeben. Die Unterstützungsaktivitäten der Bretton-Woods-Institutionen konzentrieren sich dementsprechend im Bereich von Stabilisierungs- und Haushaltspolitik, so dass vielfach der Eindruck entsteht, es ginge bei den Strategiepapieren bloß um effizientere

Methoden, die öffentlichen Haushalte umzustrukturieren. Dieser Fokus ist insofern verständlich, als die Papiere von den HIPC-Ländern vor allem deshalb akzeptiert wurden, weil sie eine Konditionalität für die Schuldenerleichterung darstellen. Obwohl die Bretton-Woods-Institutionen im PRSP-Prozess großes Gewicht auf „ownership“ und „partizipation“ legen – die Strategiepapiere sollen nationale Prioritäten widerspiegeln –, werden die Form und die inhaltlichen Kriterien der Papiere nach wie vor in Washington ausgearbeitet und beschlossen. Vielfach gingen die Regierungen der verschuldeten Länder nur widerwillig auf die neue Konditionalität ein, weil sich die PRSPs nur schwer in laufende nationale Planungsprozesse integrieren ließen und daher nicht selten die vorhandenen Planungskapazitäten überforderten.

Neuigkeiten hat der PRSP-Ansatz allerdings auf der Prozessebene gebracht: Die Strategiepapiere dürfen nicht mehr im stillen Kämmerlein der Washingtoner Institutionen und nationaler Regierungen erarbeitet werden, sondern müssen durch einen öffentlichen, partizipativ organisierten Diskussionsprozess begleitet werden. Daher sind die bisherigen Ergebnisse des PRSP-Prozesses trotz großer inhaltlicher Defizite positiv zu beurteilen, vor allem weil es in vielen Ländern erstmals zu breiten öffentlichen Debatten über Verteilung, Armut und entwicklungspolitische Optionen gekommen ist und weil zivilgesellschaftliche Organisationen und Gruppen des Südens diese größere Offenheit nutzen konnten, um sich in der Öffentlichkeit ihres Landes als entwicklungspolitische Akteure zu positionieren. Was aber in fast allen Dokumenten fehlt, ist eine realistische Wachstumsstrategie mit Armutsbezug. Eine bessere Versorgung der Armen mit sozialen Grunddiensten, worauf der Schwerpunkt in den PRSPs liegt, liefert in der Tat einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung der Armut. Entscheidend aber sind Beschäftigung und Einkommen. Nur wenn die produktiven Einkommen der armen Gruppen dauerhaft steigen, wird es zu einer allgemeinen Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerungsmehrheit in den armen Ländern der Welt kommen. Denn auch die Nutzung sozialer Dienste hängt zu einem großen Teil von der Einkommenssituation ab – Menschen, die

sich täglich um das bloße Überleben sorgen müssen, haben weder die Zeit noch die Energie, sich angemessen um die Ausbildung ihrer Kinder, um Hygiene und um die Mitsprache in Gemeindeangelegenheiten zu kümmern. Die Armen befinden sich in einem Teufelskreis, der sie faktisch von der Teilhabe an wichtigen gesellschaftlichen Prozessen ausschließt und ihre Energie im Überlebenskampf bindet. Mehr und bessere Schulen und Gesundheitseinrichtungen sind notwendig, sie führen aber nicht aus sich heraus zu mehr Beschäftigung und Einkommen für die Armen.

Ein mit mehr Einkommen und Beschäftigung der Armen verbundenes Wirtschaftswachstum („pro-poor growth“) – dies zeigen die Erfahrungen – stellt sich weder automatisch als Ergebnis einer „richtigen“ Politik im Sinne des Washington-Konsenses ein, noch wird es allein durch bessere Versorgung mit sozialen Grunddiensten hervorgerufen. Was fehlt – und diese Erkenntnis kann man vielleicht als Inhalt des Post-Washington-Konsenses bezeichnen – sind Konzepte einer aktiven Wachstumspolitik, welche den Akzent auf die Mobilisierung der produktiven Ressourcen der Armen legen. Hierzu finden sich leider in den bis lang vorliegenden PRSP-Dokumenten mit wenigen Ausnahmen (16) kaum Hinweise. Notwendig sind sektoral und regional gezielte Förderstrategien, welche alle Politikfelder umfassen und die dort ansetzen müssen, wo unter Berücksichtigung der jeweiligen strukturellen Gegebenheiten die größten nachhaltigen Armutseffekte (Einkommen und Beschäftigung) erzielt werden können. Ausgangspunkt sollte die Identifizierung der bestehenden ökonomischen Potenziale eines Landes bzw. einer Region sowie der Faktoren sein, welche die Entfaltung und Mobilisierung dieser Potenziale fördern oder behindern. Dies kann naturgemäß nur länderspezifisch erfolgen, allgemein gültige Rezepte gibt es – wie oben gezeigt – nicht. Um solche Förderstrategien umsetzen zu können, müssen die Entscheidungsträger (staatliche wie private) aber über ausreichend wirksame wirtschafts- und sozialpolitische Instrumente verfügen.

Nationale Wirtschaftspolitik im Globalisierungsprozess

Eine zentrale entwicklungspolitische Problematik des laufenden Globalisierungsprozesses liegt in der Tatsache, dass dieser die nationalen wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume der armen Länder immer mehr beschränkt. Dies ist offensichtlich insbesondere auf dem Gebiet des internationalen Handels und der Finanzmärkte, wo die klassischen Instrumente der Außenwirtschaftspolitik im nationalen Maßstab rechtlich und faktisch schon heute nur noch sehr eingeschränkt eingesetzt werden können.

Diese Einschränkung ist kein Naturgesetz, wie Olaf Henkel meint, sondern in erster Linie Ergebnis von bewussten politischen Entscheidungen, bei denen sich immer jene durchsetzen, die entsprechendes wirtschaftliches und politisches Gewicht besitzen. In diesem Sinne sind die G7-Gipfel in der Tat der richtige Adressat für Proteste, da hier eine kleine, radikale Minderheit von Staaten Entscheidungen fällt (bzw. verkündet), welche für die gesamte Weltwirtschaft richtungweisend sein sollen. Es ist kein Zufall, dass die Vereinten Nationen auf den G7-Gipfeln keine Stimme haben. Sicherlich sind die getroffenen politischen Entscheidungen auf dem Gebiet der Währungs- und Handelspolitik, der internationalen Eigentumsrechte, der Regelung des Kapitalverkehrs usw. auch eine Reaktion auf „objektive“ ökonomische Internationalisierungsprozesse, die im Prinzip unumkehrbar sind. Es hat sicherlich keinen Sinn, die Konsequenzen der Internationalisierung für die Wirtschaftspolitik zu ignorieren und die in der Vergangenheit überwiegend national eingesetzten Instrumente beizubehalten. Die Tatsache, dass auf bestimmten Gebieten nationale wirtschaftspolitische Alleingänge nicht mehr möglich oder sinnvoll sind, darf aber nicht mit dem Verzicht auf (nationale) Steuerung überhaupt verwechselt werden. Auch ist es keine Lösung, nationale Steuerung durch eine einheitliche globale Steuerung zu ersetzen. Denn, wie oben gezeigt wurde: Es gibt keine allgemein gültigen Regeln zur Förderung von Wachstum und Wohlstand! Angesichts der krassen Entwicklungsunterschiede in der Welt widerspricht die Behauptung der G7, offene Handelspolitik fördere überall Wohlstand,

jeder historischen Erfahrung. „Pro-poor-growth“ kann nur durch national bzw. regional angepasste Strategien erreicht werden, in denen die Regulierung der Außenwirtschaftsbeziehungen eine gewichtige Rolle spielt. Die Spielräume für die notwendige Anpassung an die jeweils unterschiedlichen nationalen bzw. regionalen Bedingungen bedürfen heute aber der Gewährleistung durch global gültige und durchsetzbare Regeln, was für die armen Entwicklungsländer vor allem die Absicherung gegen externe, weltmarktbedingte Schocks beinhalten muss. Überlegungen für eine solche Strategie sind nicht neu – sie wurden schon einmal unter dem Vorzeichen der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung diskutiert, als in den 70er Jahren vorübergehend die Rohstoffanbieter ihre Position stärken konnten. Diese Debatten wurden von den Industrieländern rasch wieder beendet, als die Rohstoffanbieter erneut in die Defensive gerieten. Die Folge von Schockwellen internationaler Finanzkrisen (deren Ausgangspunkt nichts mit der Politik der betroffenen Länder zu tun haben muss), unkontrollierte Preisschwankungen für Im- und Exportgüter, international verursachte Wechselkursverschiebungen und Zinsveränderungen usw. sind insbesondere von kleineren Ländern kaum durch nationale Mittel abzuwehren. Diese Länder befinden sich in einem tiefen Entwicklungsdilemma:

- Notwendig sind gezielte, auf die nationalen bzw. regionalen Potenziale, Engpässe und Risiken abgestellte wirtschaftspolitische Förderstrategien, die auf der instrumentellen Ebene zudem mit jeweils kulturell und historisch geprägten Verhaltensmustern kompatibel sein müssen.

- Gleichzeitig wird der Spielraum zur Implementierung solcher national und regional angepassten Maßnahmen durch nationale Regierungen oder andere nationale oder regionale Akteure armer Länder sowohl durch wirtschaftliche Internationalisierung als auch durch politische Liberalisierungsakte unter dem Vorzeichen der Globalisierung eingeschränkt.

Aus diesem Dilemma werden nur Ansätze herausführen, welche den notwendigen politischen Spielraum der nationalen und regionalen Akteure der armen Länder (und dazu ge-

hören auch Unternehmen und Gewerkschaften des Südens) durch entsprechende internationale Regelungen absichern und garantieren. Ansätze dazu sind vorhanden, derzeit allerdings meist nur in der Form von (befristeten) Ausnahmeregeln. Für die Entwicklungspolitik und die internationalen Entwicklungsagenturen bedeutet die Umsetzung eines solchen Ansatzes dreierlei:

- Es muss endlich auch in der Praxis Abschied genommen werden von dem Versuch, weltweit immer die gleichen Entwicklungsrezepte zu verkaufen. Das was in Armenien „best practice“ ist und hervorragend funktionieren mag, kann in Sambia katastrophale Folgen haben, et vice versa. Um mit Kenny/Williams zu sprechen: „Es ist offensichtlich, dass die Erfahrungen mit Wachstumsprozessen in den verschiedenen Ländern außerordentlich heterogen sind.“ (S. 12)

- Weder makroökonomische Stabilität noch freie Märkte noch Investitionen im Sozialbereich erzeugen aus sich heraus wirtschaftliches Wachstum mit den gewünschten Armutseffekten. Nachhaltiges „pro-poor-growth“ erfordert eine gezielte Wachstumspolitik, die sowohl nach Inhalt (Welches sind die Wachstumspotenziale?) als auch instrumentell (Welche wirtschaftspolitischen Instrumente sollen eingesetzt werden?) je nach Land und Region unterschiedlich ausfallen muss. Glaubenskriege über Exportorientierung oder Importsubstitution führen nicht weiter. Die Entwicklungsagenturen sollten das entsprechende lokale Know-how der armen Länder fördern bzw. bereitstellen, welches erforderlich ist, um solche angepassten Konzepte zu entwerfen und umzusetzen.

- Die praktische Umsetzung der angepassten Wachstumsstrategien setzt wirtschaftspolitische Spielräume voraus, welche den armen Ländern oft nicht oder nicht mehr zur Verfügung stehen, weil internationale Regeln, machtpolitische Entscheidungen oder schlicht oligopolistische Praktiken der dominierenden Multis sie beschneiden. Aufgabe der internationalen entwicklungspolitischen Agenturen ist es, im Globalisierungsprozess für Regelungen zu sorgen, welche diese für die Entwicklung der armen Länder notwendigen Spielräume sichern oder herstellen.

Die hier vertretene Absage an universell und überhistorisch gültige entwicklungspolitische Rezepte für die ganze Welt trifft theoretisch auch traditionelle progressive Konzepte wie etwa die der Importsubstitution oder der Weltmarktakkoppelung, die allerdings heute kaum noch vertreten werden. Der Vorschlag, an das Armuts- und Entwicklungsproblem von den jeweiligen nationalen bzw. regionalen Bedingungen ausgehend sozusagen fallweise heranzugehen (wobei jeder Fall wahrscheinlich für sich steht), findet im Übrigen in der oft kritisierten Buntheit und vorgeblichen Konzeptionslosigkeit der Bewegung der „Globalisierungskritiker“ einen interessanten Ansatzpunkt, der allerdings entwicklungsfähig ist. Denn die Behauptung der G7, es gäbe eine für alle Krankheiten der Welt taugliche Medizin – nämlich offene Märkte – ist die eigentliche Krankheit. In der Konfrontation mit dieser Eindimensionalität erweist sich die Vielgestaltigkeit der Forderungen, Motive und vorgeschlagenen Handlungsebenen (Bausteine) der Globalisierungsbewegung erstmal als Fortschritt.

Anmerkungen:

(1) Was in manchen Fällen sinnvoll war, in anderen dagegen katastrophale Folgen hatte.

(2) Z.B. beim European Network on Debt and Development – EURODAD (www.eurodad.org) und bei Weltwirtschaft & Entwicklung – WEED (www.weedbonn.de). Einen Überblick über die Bewegung und ihre Themen gibt Gerhard Klas, Eine andere Welt ist möglich, in: „Entwicklungspolitik“, 13/2001.

(3) Kanbur nennt sie „Gruppe A“, bestehend aus führenden Vertretern von Finanzministerien, internationalen Finanzinstitutionen und Wirtschaftspresse sowie jenen Wirtschaftswissenschaftlern, die ihre Ausbildung im Geiste angelsächsischer Traditionen erhalten haben. Ravi Kanbur, Economic Policy, Distribution and Poverty: The Nature of Disagreements, in: „World Development“, 29/2001, S.1083ff.

(4) www.bundesregierung.de/dokumente/Artikel/ix_49466_1305.htm.

(5) Kanbur, ebd. S.1092.

(6) Ex-BDI-Chef Olaf Henkel, ein prominenter deutscher Vertreter der „Gruppe A“, meint

immer noch, „dass die Ablehnung der Globalisierung genau so unsinnig ist, wie wenn man das Wetter ablehnen wollte“. Vgl. „Frankfurter Rundschau“, 2.8.2001.

(7) K. Walde und C. Wood, The empirics of trade and growth: Where are the policy recommendations?, World Bank, Washington D.C. 1999, zit. nach: Charles Kenny und David Williams, What do we know about economic growth? Or, why don't we know very much?, in: „World Development“, 1/2001 (Übs. v. Verf.).

(8) „Die Zeit“ vom 27.7.2001 zitiert eine deutsche Meinungsumfrage, derzufolge sich „zwei Drittel der Bevölkerung auf die Seite der Protestierer gestellt“ hätten.

(9) John Williamson, What should the world think about the Washington Consensus?, in: „The World Bank Observer“, August 2000.

(10) Vgl. z.B. Shahid Javed Burki und E. Perry Guillermo, Beyond the Washington Consensus: Institutions matter, World Bank, Washington D.C. 1998; und Stiglitz, More instruments and broader goals: Moving toward the post-Washington-Consensus, United Nations University, Helsinki 1998.

(11) Die hochverschuldeten armen Entwicklungsländer (nach Kriterien der Bretton-

Woods-Institutionen derzeit 41 Staaten), welche von Entschuldungsmaßnahmen und konzessionären Krediten der Washingtoner Institute profitieren wollen, müssen seit dem Jahr 2000 Armutsstrategiepapiere („Poverty Reduction Strategy Papers“ – PRSP) vorlegen. Ab dem 1.7.2002 sollen alle 76 Länder mit Zugangsrecht zu konzessionären IDA-Krediten über ein PRSP verfügen. Vgl. auch „Blätter“, 4/2000, S.456ff.

(12) Poverty Reduction Strategy Sourcebook, im Internet unter www.worldbank.org zugänglich.

(13) B. Ames, W. Brown, S. Devarajan und A. Izquierdo, Macroeconomic Policy and Poverty Reduction, draft, World Bank, Washington D.C., April 2001.

(14) Dass dieses Wachstum ökologisch nachhaltig sein muss, sei hier erwähnt, ohne dass es diskutiert werden kann.

(15) Die Texte können unter der o.a. Internet-Adresse der Weltbank eingesehen werden.

(16) Dazu gehört das PRSP für Mauretanien, in dem sektorale und regionale Wachstumspole und ihr Einfluss auf die Situation der armen Bevölkerung diskutiert werden.

3. Neoliberale Globalisierung, Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und Arbeiterinnen in Südkorea von Joo-Yeon Jeong

Es gibt keinen Ort auf der Erde, der nicht vom Neoliberalismus vergiftet ist. Er hat es einigen wenigen Menschen ermöglicht, so viel öffentliches Leben wie möglich zu kontrollieren, um ihren persönlichen Profit zu maximieren. Er hat schreckliche Folgen, vor allem in der Dritten Welt, wo imperialistische Mächte weiterhin Natur- und Humanressourcen ausbeuten, um die Taschen der transnationalen Kapitalisten zu füllen. Angefangen mit Reagan und Thatcher ist der Neoliberalismus in den letzten zwei Jahrzehnten der dominierende ökonomische und politische Trend geworden, für viele linke (so nennen sie sich) Regierungen ebenso wie für die Rechten.

Wir - als Frauen, die gegen den globalen Kapitalismus und diese neue Epoche kämpfen, als Frauen, die sich nach einer besseren Welt sehnen, in der wir nicht ausgebeutet und missbraucht werden - müssen einen Schritt

weiter gehen und diesen „Neo-Liberalismus“ aus den Erfahrungen der Frauen heraus betrachten. Und es geht nicht nur um lineare Erfahrungen von Frauen mit dem Neoliberalismus - wir müssen in die Tiefe gehen, um deutlich zu machen, wie sehr geschlechtsspezifisch Neoliberalismus funktioniert.

Arbeiterinnen als Sündenböcke

In Südkorea begann die Integration in den globalen Kapitalismus vor der Wirtschaftskrise, während der Wirtschaftsboom-Ära des Militärdiktators Park Jung-Hee, mit reichlicher Unterstützung durch die USA. Im Verbund mit weltweiten Wirtschaftskrisen zeigte die südkoreanische Wirtschaft Anfang der 90er Jahre erste Zeichen einer Rezession, die Gewinnspannen sanken. Deshalb begannen die Kapitalisten, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren. Dies wurde zuerst an Frauen „aus-

probiert“, bevor es zum Ende des Jahrtausends auf die gesamte Arbeiterklasse ausgeweitet wurde.

Jobs, in denen vor allem Frauen vertreten waren, wurden ab den frühen 90er Jahren umgewandelt, zunächst durch Zeitarbeit und teilweise bis zur Generalisierung befristeter Beschäftigung. Dieser Prozess zielte hauptsächlich auf Frauen ab und die Männerorientierte Arbeiterbewegung maß ihm keine große Bedeutung zu, obwohl Frauen immer wieder die Behandlung dieses Themas forderten.

Obwohl die Eingliederung der südkoreanischen Wirtschaft in das globale kapitalistische System bereits ein Jahrzehnt zuvor begonnen hatte, erfuhr das koreanische Volk die Zerstörungskraft dieses Systems erst während und nach der Wirtschaftskrise 1997. Das Struktur Anpassungsprogramm des IWF erschütterte den Arbeitsmarkt schwer, es kam zu Massenentlassungen. Besonders Arbeiterinnen wurden zuerst entlassen, und ihre Arbeitsbedingungen verschlechterten sich rapide.

Die vom Management genutzten Methoden waren Outsourcing oder Abschaffung von Fertigungs- oder Geschäftsbereichen, in denen Frauen stark vertreten waren. Frauen waren dort vor allem Schreib- und Bürokräfte, die als unwichtig und unflexibel galten, was als Begründung für die Entlassungen diente. Viele Unternehmen entließen diese Frauen und beschäftigten Arbeitnehmer von Zeitarbeitsfirmen an ihrer Stelle – so ließen sich die Lohnkosten reduzieren und Sozialversicherungskosten einsparen. Bei Banken wurden oft die soeben entlassenen Mitarbeiter - mit befristeten Verträgen - wieder eingestellt, auch das, um die Lohnkosten zu senken.

Außerdem wurden hauptsächlich Frauen entlassen oder nur noch befristet beschäftigt, die mit jemandem am selben Arbeitsplatz verheiratet, schwanger, oder im Erziehungsurlaub waren. Hier hatte das Management starke Argumente, die auf patriarchalischen Werten wie „Frauen gehören an den Herd“ beruhten. Diese ungerechten und diskriminierenden Entlassungen zu Beginn der Wirtschaftskrise gingen einher mit einer Verschlechterung des Mutterschutzes und der Rechte der Arbeiterinnen im Allgemeinen. Die Verbesserungen, die die Arbeiterinnenbewegung in den letzten

Jahrzehnten erreicht hatte, wurden untergraben.

Flexibilisierung von Arbeiterinnen durch Entlassungen und Wiedereinstellungen

Die Massenentlassungen, die nach 1997 auftraten, waren für das Management offensichtlich nicht „unvermeidbar“, sondern ein kalkulierter Prozess zur Profitmaximierung durch Flexibilisierung des Arbeitsmarkts. Da der Bedarf für Entlassungen nicht einfach von gesunkener Produktion herrührte, wurden entlassene Arbeiter oft befristet wiedereingestellt. Weil Flexibilisierungsmaßnahmen hauptsächlich auf Frauen angewandt wurden, wurden diese auch in Massen wieder eingestellt, diesmal jedoch befristet, mit niedrigeren Löhnen und schwachem Kündigungsschutz.

Diese Flexibilisierung der Arbeiterinnen wurde durch die Ideologie des „Mannes als Versorger der Familie“ [1] unterstützt. In dieser Ideologie werden Frauen nicht wirklich als Arbeiterinnen, sondern als „Verdiener eines Nebeneinkommens“ angesehen, was zur Entwertung der Arbeit von Frauen beiträgt. Dies wiederum lieferte die Begründung dafür, Frauen zuerst zu entlassen und ihre Arbeitsverhältnisse in befristete umzuwandeln – eine Begründung, die die Möglichkeit eines Widerstandes aus der Arbeiterklasse erstickte. In der letzten Zeit behaupten kapitalistische Institutionen und Medien, die Frauenerwerbsquote steige schneller als die Quote bei Männern. Dies liegt einerseits an der Zunahme befristeter Stellen für Frauen, andererseits daran, dass Frauen keine andere Wahl haben, als auch sehr unsichere Jobs ohne Zögern anzunehmen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, während Männer es sich leisten können, „wählerischer“ zu sein.

Mittlerweile gibt es mehr Arbeiter mit befristeten als mit regulären Jobs. Bei der Analyse einer vom Koreanischen Statistischen Amt im August 2001 durchgeführten Volkszählung über die wirtschaftlich aktiven Arbeitskräfte schätzte das Korea Labour and Society Institute (<http://www.ksli.org>) die Zahl der befristet Beschäftigten auf 7,37 Mio, 55,7% aller Arbeitskräfte. [2] Nach im Jahr 2000 durchgeführten Untersuchungen ist der Anteil der Frauen an den befristet Beschäftigten mit 53% höher als der der Männer, und 70 % der

arbeitenden Frauen sind befristet beschäftigt. Diese offiziellen Studien klammern besondere Beschäftigungsverhältnisse (z.B. sogenannte „Selbstständige“) wie Privatlehrer, Versicherungsvertreter etc. aus. Würden diese Jobs mitberücksichtigt, so würde die Quote der befristet beschäftigten Frauen mit Sicherheit hochschnellen.

Die befristete Beschäftigung aufgrund von Flexibilisierungsmaßnahmen des Kapitals hat zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Verarmung der Arbeiter beiderlei Geschlechts geführt. Frauen wurden allerdings härter getroffen. Zur Zeit arbeiten die meisten befristet beschäftigten Frauen in kleinen Firmen mit weniger als zehn Angestellten. Die Bedingungen der Frauenarbeit wurden deutlich schlechter, der Stress aufgrund fehlenden Selbstvertrauens und Angst vor Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Eine feministische Wissenschaftlerin, die befristet beschäftigte Frauen interviewt hatte, erzählte, dass die Interviewten ständig Angst gehabt hätten, während des Gesprächs gesehen zu werden. Viele Sozialpsychologen weisen darauf hin, dass die Zunahme befristeter Beschäftigung und der daraus resultierende Stress immer mehr zu einem ernsthaften sozialen Problem wird, das sich auf die ganze Gesellschaft auswirkt.

Außerdem werden mit der Automatisierung der Produktion und der Verlagerung von Fabriken aufgrund der ständigen Suche des Kapitals nach billigerer Arbeit viele Frauen, die ursprünglich einen großen Teil der Arbeitskräfte im Produktionssektor ausmachten, in den Sektorssektor getrieben – in Bereiche wie die sogenannte „Unterhaltungs“industrie und als Hausangestellte. Der Sektorssektor ist in den letzten Jahren in Südkorea stark gewachsen, und viele Frauen arbeiten als Straßenverkäuferinnen für Handys, im Telemarketing und als Kellnerinnen, Sängerinnen oder Tänzerinnen in Bars. Diese Jobs sind nicht nur unsicher, schlecht bezahlt und körperlich anstrengend, sondern perpetuieren auch den Einsatz von „Weiblichkeit“ und Sexualität zur Umsatzsteigerung - und liefern Frauen so verstärkt sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung aus. Da der Sektorssektor immer fast nahtlos in die Sexindustrie überging, wundert es auch nicht, dass immer mehr -

junge und alte - Frauen in die Sexindustrie gezogen werden. Zum Beispiel werden viele verheiratete Frauen von 30-40 Jahren in sogenannten „Telefonzimmern“ beschäftigt und zum Telefonsex mit Männern gezwungen. Viele andere verheiratete Frauen werden als „Pager Women“ beschäftigt und per Pager in Bars gerufen, um Männer zu „unterhalten“. Dieses Thema machte Schlagzeilen, als Daewoo Motors-Gewerkschaftler in eine Bar gingen, per Pager Frauen „bestellten“ und plötzlich bekannte Gesichter sahen. Als Daewoo Arbeiter entließ, mussten ihre Frauen Jobs finden, um ihre Familien zu ernähren, und die einzigen freien Jobs waren solche als „Pager Women“. Die herrschende Elite und die konservativen Medien beklagen gerne den Moralverfall bei koreanischen Frauen, aber in Wirklichkeit korrumpiert das kapitalistische System die Menschen.

International ist die Situation ähnlich. Die neoliberale Globalisierung hat den Weg für eine steigende Migration von Arbeiterinnen, internationalen Frauenhandel und erzwungene Sexarbeit in der dritten Welt frei gemacht. Viele Frauen aus Russland oder von den Philippinen kommen als Hausangestellte oder „Entertainer“ nach Südkorea und werden dann durch Tricks dazu gezwungen, Koreanern und US-Militärs sexuelle Dienste zu leisten.

Vertiefung der Gräben zwischen Frauen verschiedener Klassen

Die neoliberale Globalisierung hat auch eine Vertiefung der Gräben zwischen Frauen verschiedener Klassen bewirkt. Der Lebensstandard von Frauen in den Industrieländern ist nicht mehr mit dem von Frauen in der Dritten Welt zu vergleichen, ähnlich ist die Situation in Südkorea. Reiche Frauen des Bürgertums können es sich leisten, Pelzmäntel für zig Millionen Won zu tragen, importierte Autos zu fahren, in teuren Kaufhäusern zu shoppen, Babynahrung aus den USA zu kaufen und ihre Kinder auf teure englischsprachige Privatschulen zu schicken, so dass sie eines Tages der kleinen Elite, die die Welt der Globalisierung regiert, angehören und Frauen aus Südostasien als Hausangestellte beschäftigen werden. So lebt eine Minderheit der südkoreanischen Frauen, und sie leben von Reichtum, den nicht sie selbst, sondern ihre Männer

angehäuft haben. Dies ist Reichtum, der aus der Ausbeutung von Arbeiterinnen in Korea und anderswo in der Dritten Welt stammt. Im Gegensatz zur Minderheit der Frauen, die von den Folgen der neoliberalen Dominanz eines großen Teils der Welt profitieren, kann die Mehrheit der Frauen keine vernünftige Arbeit finden, so sehr sie auch suchen, und wenn sie eine Stelle finden, ist es eine sehr unsichere Stelle unter sklavenähnlichen Bedingungen, die ihnen leicht wieder genommen werden kann. Sie können sich keine Haushaltshilfe oder Kinderfrau leisten – sie arbeiten lange und hart, und wenn sie dann nach Hause kommen, müssen sie noch Geschirr spülen und die Kinder füttern. Untersuchungen von Frauenorganisationen haben gezeigt, dass Gewalt in der Familie zugenommen hat, weil Väter und Männer, die ihre Jobs verloren haben, ihren Ärger an ihren Frauen auslassen und gewalttätig werden.

Kultureller und ideologischer Rückschritt

Um den Massenwiderstand gegen die wirtschaftliche Globalisierung - mit der damit einhergehenden steigenden Arbeitslosigkeit, dem Abbau öffentlicher Leistungen, den sinkenden Löhnen und dem Verfall der Lebensqualität zu unterdrücken, hat die herrschende Elite den kulturellen Konservatismus genutzt und gestärkt, um ihre Dominanz über die Gesellschaft zu stabilisieren. Kultureller Konservatismus wird in Südkorea durch den konfuzianischen Patriarchismus repräsentiert. Während der Weltwirtschaftskrise 1997 fiel die steigende Bedeutung dieser Ideologie mit der kapitalistischen Form vom „Mann als Versorger der Familie“ zusammen, vertuschte so die Unterdrückung der Frauen und betonte zugleich, Frauen müssten mehr Opfer bringen, um die notleidende Wirtschaft zu retten. Gleichzeitig wurde die Arbeitslosigkeit der Männer als ernstes gesellschaftliches Problem unterstrichen. So wurde die Rolle der Frauen darauf beschränkt, die leidenden Männer in der Familie zu „trösten“, wobei das Leiden der Frauen, sowohl als Lohn- wie als Nichtlohnarbeiter, ignoriert wurde. Die koreanischen Mainstream-Medien und die konservative herrschende Elite haben bisher ausgeblendet, wie sehr Frauen unter sexuellem Missbrauch und sexueller Gewalt leiden - sie sollten Durchhaltevermögen beweisen -,

prangerten jedoch verzweifelten Frauen, die nach dem Verlust aller Hoffnung ihre Familie verließen, als Zerstörer familiärer Werte an. Frauen, die ihre Ehemänner als Ernährer der Familie ersetzen mussten und in der Sexindustrie gelandet sind, nachdem ihnen jede andere Arbeit verweigert wurde, werden als moralisch verdorben stigmatisiert. Die Problematik der Arbeitslosigkeit männlicher Jugendlicher wird täglich in den Medien behandelt, während Studentinnen nicht nur ignoriert, sondern auch vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Viele rechte Soziologen und Wirtschaftswissenschaftler schlugen sogar vor, die Heirat für Frauen staatlich stärker zu fördern, um sie vom Arbeitsmarkt fernzuhalten und so die offizielle Arbeitslosenquote zu senken. Die Medien sind voller Traumphochzeiten, und die „Hochzeitsindustrie“ erlebt einen Boom.

Kim Dae-Jungs Frauenpolitik - eine Kritik

Kim Dae-Jungs Regierung wurde inner- und außerhalb Südkoreas als demokratisch und pro-feministisch bezeichnet. Große Hoffnungen wurden in diesen Präsidenten mit seiner Vergangenheit als Kämpfer für die Demokratie gesetzt, und von Beginn an beschlossen viele Bürger- und Frauenorganisationen, ihn „kritisch“ zu unterstützen. Statt des versprochenen Ministeriums für Frauenfragen gab es jedoch nur ein Spezielles Komitee für Frauenfragen ohne gesetzgeberische Kompetenzen, sehr zur Enttäuschung vieler Frauengruppen. Nun, da sich seine Amtsperiode dem Ende zuneigt, hat er das Gleichstellungsministerium geschaffen und eine bekannte Person aus einer wichtigen Frauen-NGO als Ministerin eingesetzt. Doch die politischen Maßnahmen dieses Ministeriums helfen der Mehrheit der Frauen, die an der Basis an elementaren Problemen leiden, kaum.

Dies zeigte sich in den geänderten Mutterschaftsbestimmungen in den Arbeitsgesetzen. Das Ministerium hatte angekündigt, die öffentliche Kinderbetreuung auszubauen, um arbeitende Frauen zu entlasten. Mit Unterstützung einiger der wichtigsten Frauenorganisationen [3] schlug das Ministerium Änderungen zu mutterschaftsbezogenen Paragraphen in den Arbeitsgesetzen vor, und die Paragraphen wurden zum ersten Mal seit 1953 geändert. Es gab hauptsächlich zwei Verbesserun-

gen: Der Mutterschaftsurlaub wurde von 60 auf 90 Tage verlängert, und das Verbot der Beschäftigung von Frauen an gefährlichen Arbeitsplätzen wurde erweitert. Das mag wie ein großer Fortschritt erscheinen, aber das Problem ist, dass diese Regelungen nur im Austausch gegen eine weitere Flexibilisierung der Frauenarbeit erreicht wurden. Im Gegenzug für die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs hat das Ministerium der Abschaffung von Überstunden- und Nachtarbeitsbeschränkungen, der bezahlten Arbeitsbefreiung bei Erkrankung eines Kindes und während der Menstruation zugestimmt.

Wie viele Arbeiterinnen werden in einer Situation, in der 70% (oder mehr, Tendenz steigend) aller Arbeiterinnen keine feste Beschäftigung haben, von den Änderungen profitieren? Die Mehrheit der Frauen aus der Arbeiterklasse befindet sich außerhalb des Einflusses der Gesetze. Das Ministerium und zahlreiche Frauenorganisationen behaupten, für die Anwendung der Gesetze auf befristet Beschäftigte kämpfen zu wollen, aber solange der neoliberale Charakter hinter der Gesetzgebung nicht in Frage gestellt wird, gibt es wirklich keine Chance, dass dies geschieht. Viele Aktivistinnen haben im letzten Jahrzehnt für diese Gesetze gekämpft und beglückwünschen sich nun, ihr Ziel erreicht zu haben, aber in der Zwischenzeit ist eine große Mehrheit der Arbeiterinnen in die befristete Beschäftigung abgerutscht, und die Forderungen der Mehrheit werden zugunsten einer Minderheit vernachlässigt. Die Kapitalisten haben gelernt, ein paar Gesetze zu „opfern“, um eine weitere Flexibilisierung zu erreichen. Trotz des Arguments, diese Änderungen würden Frauen neue Möglichkeiten eröffnen, ohne das Wesen von Kims Regierung und seine Unterstützung des Neoliberalismus in Frage zu stellen - diese Änderungen werden nur die flexible Verwendung von Arbeiterinnen verstärken und so für einen weiteren Verfall der Arbeitsbedingungen von Frauen ohne festen Arbeitsplatz sorgen. Das Ministerium und die NGOs erkennen nicht, dass die Gesetzgebung ebenso wie andere aus den vergangenen Jahren [4] den Neoliberalismus stützt.

Das Gleichstellungsministerium existiert erst seit einem Jahr, aber seine Nutznießerinnen sind Frauen aus der Mittel- und Oberschicht

und die wenigen Arbeiterinnen, die eine feste Stelle haben. Bald finden Präsidentschaftswahlen statt. Zwar verfolgt das Ministerium eine neoliberale Politik und versucht, die Arbeiterinnen über den Kern seiner Maßnahmen zu täuschen; dennoch besitzt es eine gewisse Bedeutung innerhalb der streng patriarchalischen politischen Szene Südkoreas (die bei einem Regierungswechsel jederzeit von einer der großen rechten Parteien ausgehöhlt werden kann), einschließlich der regierenden New Millennium Party Kim Dae-Jungs, die immer noch viel Unterstützung von NGOs erhält. Dies wird lediglich zu weiterer Hoffnungslosigkeit in Bezug auf die staatliche Arbeitsmarktpolitik führen.

Kampf und Organisation

Der Neoliberalismus hat Südkorea nicht 1997 plötzlich erfasst, sondern sich historisch aus dem Kapitalismus entwickelt und in den letzten Jahrzehnten schrittweise Form angenommen. Arbeiterinnen spürten als erste die Auswirkungen der Globalisierung und waren deshalb die ersten, die Widerstand leisteten. Die südkoreanischen Arbeiterinnen kämpften in den 70er und 80er Jahren militant für eine demokratische Gewerkschaft und für die Rechte der Arbeiter. Arbeiterinnen bildeten das Fundament für die moderne Arbeiterbewegung, auch wenn diese Tatsache leicht vergessen wird. Während der späten 80er Jahre konzentrierte sich die südkoreanische Wirtschaft bei ihrem Wiederaufbau vor allem auf die exportorientierte Schwerindustrie - hier waren die Arbeiter hauptsächlich Männer, und die Frauen hatten das Nachsehen.

Die Wucht der neoliberalen Globalisierung und die damit einhergehende Verarmung spürten die Arbeiterinnen ebenfalls zuerst. Direkt nach der Wirtschaftskrise machte die Arbeiterinnenbewegung einen großen Schritt voran, als sich erste unabhängige Frauengewerkschaften zu bilden begannen [5]. Die Gewerkschaften entstanden aus dem Bedürfnis heraus, sich mit den speziellen Problemen der Arbeiterinnen zu befassen, die in einer allgemeinen Gewerkschaft nicht angemessen behandelt werden können – befristet Beschäftigte, Arbeitslose, Hausangestellte und Frauen in kleinen Betrieben ohne Gewerkschaften zu organisieren. Es sind immer noch weniger als 5% der Frauen gewerkschaftlich organisiert,

weil die normalen Gewerkschaften keine Mitglieder ohne reguläres Beschäftigungsverhältnis aufnehmen. Erst 1997, als die vom IWF erzwungenen Sparmaßnahmen und Struktur Anpassungsprogramme auch männliche Arbeiter betrafen, erkannte die südkoreanische Bürgerbewegung wirklich die zerstörerische Wirkung des Neoliberalismus. Seitdem ist die Flexibilisierung der Arbeit das zentrale Thema im Kampf der Arbeiterklasse. Endlich wurde die Tatsache, dass der Neoliberalismus primär Arbeiterinnen angreift, ins Zentrum gestellt, aber leider schiebt man die Langzeitbedürfnisse und Probleme der Frauen beiseite, und der Kampf gegen befristete Arbeitsverträge wird wieder männerorientiert geführt.

Die Strukturen dieser Gewerkschaften sind bezeichnend für die Geschichte der südkoreanischen Arbeiterbewegung und auch für die Frauenbewegung. So wie sich die Strategien der Kapitalisten ändern, ändert sich auch die Organisation der Arbeiterklasse, um effektiv Widerstand leisten zu können. Dem Neoliberalismus und seinem geschlechtsspezifischen Charakter kann man nicht mit der traditionellen Organisationsmethode und die Konzentration auf männliche, regulär beschäftigte Arbeiter großer Unternehmen beikommen.

Die neugegründeten Frauengewerkschaften müssen sich allerdings noch weiter entwickeln und viele Hindernisse in ihrem Kampf gegen das nationale und internationale Kapital überwinden. Die Gewerkschaften müssen die Rolle der neoliberalen Globalisierung und deren Strategie, den Arbeitsmarkt zu liberalisieren, hinterfragen, um die Situation der Frauen völlig zu verstehen und mehr radikale, grundsätzliche Auseinandersetzungen zu führen. Gleichzeitig muss die südkoreanische Arbeiterbewegung ihre Strukturen ändern, um die immer zahlreicheren Arbeiter ohne feste Beschäftigung aufzunehmen, und mehr tun, um die patriarchalischen Werte, die innerhalb der Bürgerbewegung immer noch weit verbreitet sind, zu überwinden. Viele Aktivistinnen und Gewerkschaftlerinnen haben begonnen, die Themen Frauendiskriminierung und sexuelle Gewalt innerhalb der Bürgerbewegung anzusprechen, die bisher unter den Tisch gekehrt wurden. Über die Jahre mussten viele begeisterte und militante Aktivistinnen die Bewegung aufgrund von Diskriminierung und

Gewalt verlassen. Die Frauen wurden stets als Schuldige angesehen, oder sie wurden gezwungen, um der „großen Sache“ wegen zu „vergeben“. Viele Aktivistinnen, Arbeiterinnen und Gewerkschaftlerinnen tun sich jetzt zusammen und rufen die Bewegung auf, das Problem von Hierarchien, Diskriminierung und Gewalt anzugehen.

Zur Organisation des globalen Widerstands von Frauen

Wie wir gesehen haben, betrifft der Neoliberalismus alle Bereiche der Gesellschaft, um nur im Interesse des internationalen Kapitals den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren. In Südkorea hat dieser Prozess des Erzwingens von struktureller Anpassung und Flexibilität das Leben der Menschen, besonders der Frauen, verwüstet. Seit der kapitalistischen Industrialisierung vergrößert sich das Frauenproletariat, und die neoliberale Globalisierung hat den Anteil von Frauen im Proletariat weiter vergrößert und gleichzeitig das Proletariat bis an den Rand der Sklaverei verarmt.

Es geht nicht nur darum, dass Frauen „stärker“ betroffen sind - wir müssen die Mechanismen des Neoliberalismus, die geschlechtsspezifisch funktionieren, ins Auge fassen. Tatsächlich benutzt die neoliberale Globalisierung Geschlechterdiskriminierung und traditionelle patriarchalische Werte, um Frauen weiter auszubeuten. Patriarchalische Ideologien zerstören jegliche Ansätze von Frauen, sich zu politisieren oder Widerstand zu leisten.

Allerdings wird das Wesen des Neoliberalismus langsam deutlich, und Frauen haben begonnen, sich zu wehren. Dass immer mehr Frauen Arbeiterinnen oder in Armut sind, zeigt, dass Frauen immer mehr ausgebeutet werden, stellt aber gerade deshalb eine gute Chance zu Organisation und Widerstand dar, auf nationaler und internationaler Ebene. Es ist nun an uns Frauen, vorzutreten und die Menschen in unserem Kampf gegen die neoliberale Globalisierung zu vereinen. Anstatt sich in eine bestehende Bewegung von Männern oder Mittelklassefrauen einzureihen, anstatt das Problem der Diskriminierung hinzunehmen, müssen Arbeiterinnen, Bäuerinnen, indigene Frauen, Migrantinnen und ande-

re Graswurzel-Aktivistinnen der dritten Welt, die auf niedrigstem Niveau leben, eine breite Solidarität aufbauen. Wir müssen die Globalisierung aus Sicht der Frauen analysieren, Strategien entwerfen, die den besonderen Bedürfnissen der Frauen entsprechen, Alternativen vorschlagen, die Frauen als gleichwertige Partnerinnen einbeziehen, das Prinzip des Internationalismus aufrechterhalten und uns mit anderen unterdrückten Gruppen im Kampf gegen den Neoliberalismus zusammenschließen - und eine auf Gleichheit basierende Welt schaffen.

Joo-Yeon Jeong

Seung-Min Choi Politik- und Informationszentrum für internationale Solidarität (PICIS)

[1] Dies ist nichts als eine Ideologie, denn obwohl der Staat diese Perspektive unterstützt, haben in der Realität viele Männer während der Wirtschaftskrise ihre Arbeitsplätze verloren, und viele Frauen sind jetzt die Hauptversorgerinnen ihrer Familien.

[2] Interessanterweise haben staatlich finanzierte Institutionen dieselbe Statistik analysiert und sind zu Quoten von 27-28 % gekommen

[3] Dies bezieht sich auf die Vereinigung der südkoreanischen Frauenorganisationen, ein Netzwerk von Frauen-NGOs. Sie nennen sich selbst „progressiv“ aber seit Kim Dae-Jung an der Macht ist, beteiligten sie sich enthusias-

tisch an seiner Politik und orientieren sich jetzt mehr denn je an der Mittelklasse.

[4] In Südkorea gab es nach der Wirtschaftskrise eine ganze Reihe von Änderungen bei den Arbeitsgesetzen, mehr als je zuvor in der koreanischen Geschichte. Die unrechtmäßige Verabschiedung des Gesetzesänderungen (durch Mitglieder der regierenden Partei im Dezember 1997), die Entlassungen und die Einführung des Arbeitszeitumwandlungssystems erlaubten, war der Beginn einer Serie von massiven neoliberalen Angriffen auf die Arbeiter. Die Gesetzesänderungen waren so unverschämt, dass die südkoreanischen Arbeiter einen massiven Generalstreik begannen und den ganzen Winter hindurch militant kämpften. Jetzt sind die Kapitalisten bereit, ein paar Beruhigungspillen zu verteilen, während sie weiter ihre Interessen verfolgen. Dann kamen die mutterschaftsbezogenen Regelungen an die Reihe, und jetzt wird bald eine weitere Änderung die Arbeitszeit - im Austausch für eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen - reduzieren.

[5] Drei Gewerkschaften wurden fast gleichzeitig gegründet: die Koreanische Frauengewerkschaft, die Seouler Frauengewerkschaft und die Seouler regionale Frauengewerkschaft

Übersetzer : Felix PITHAN

Korrektur : Karin AYZHE